



HESSISCHER LANDTAG

06. 09. 2016

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Solidarität des Hessischen Landtags mit den Beschäftigten im Kalirevier

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag solidarisiert sich mit den Beschäftigten im hessisch-thüringischen Kalirevier, die nach mehrmaliger Kurzarbeit aufgrund von Produktionseinstellungen in großer Sorge um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze sind. Diese Kurzarbeit war absehbar, da die Fabrik- und Haldenabwässer nicht im wesentlich einzigen verbliebenen Entsorgungsweg, der Werra, aufgenommen werden können. Die Beschäftigten können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Unternehmensführung von K+S sowie die frühere Landesregierung versäumt haben, die Lösung der Probleme anzugehen.

Der Hessische Landtag bekennt sich zum Erhalt des Kalibergbaus als unverzichtbares ökonomisches Rückgrat einer ganzen Region und als wirtschaftliche und soziale Basis tausender Familien.

Der Hessische Landtag dankt den Bürgerinnen und Bürgern auf beiden Seiten der Landesgrenze Hessen-Thüringen für die zum Ausdruck gebrachte Solidarität mit den Beschäftigten von K+S im Werratal. Es ist ein eindrucksvolles Zeichen der Gemeinsamkeit, sich der Sorgen und Nöte der Beschäftigten und ihrer Familien anzunehmen. Und es ist eine nachdrückliche Aufforderung, die Bodenschätze sozialverträglich und umweltschonend sowie betriebswirtschaftlich nachhaltig zu nutzen.

Der Hessische Landtag kritisiert die langjährige Untätigkeit der Hessischen Landesregierung, die der sich anbahnenden Situation zu wenig Beachtung geschenkt und damit zur Zuspitzung der Situation erheblich beigetragen hat. Die Entscheidungen der Hessischen Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, mit denen die unerreichbaren Vorgaben ihrer Amtsvorgängerin, ab 2016 keine Versenkung mehr erlauben zu wollen und zudem bis 2021 die Einleiterlaubnis in die Werra um ein Drittel zu reduzieren, außer Kraft gesetzt wurden, waren notwendig. Allerdings muss festgestellt werden, dass die übergangsweise Versenkerlaubnis von 725.000 m³ in diesem Jahr nicht ausreichend ist, um die Produktion aufrechterhalten zu können.

Der Hessische Landtag erkennt an, dass durch das Unternehmen K+S mit einem 360 Mio. € schweren Maßnahmenpaket die Salzabwässer in einem Jahrzehnt auf nunmehr 7 Mio. m³ in 2015 halbiert worden sind.

Der Hessische Landtag hält einen Weg, der mit wirtschaftlich tragbaren, technologisch entwickelten und technisch umsetzbaren Maßnahmen eine weitere Reduzierung der Salzabwassermengen erreicht, für zielführend. Dies gilt insbesondere für die in 2018 in Betrieb gehen sollende Kainit-Kristallisations-Flotations-Anlage mit einem weiteren Einsparungsvolumen von 1,5 Mio. m³ Salzabwässern.

Der Hessische Landtag sieht in dem sogenannten "Masterplan-Salzreduzierung" der Flussgebietsgemeinschaft Weser Unwägbarkeiten, die in Summe nur als politisch-induziert bewertet werden können. War doch der zugrunde liegende "Vierphasen-Plan" nicht allein aus Sicht der Hessischen Landesregierung ausreichend, um auch die Wasserrahmenrichtlinie der EU zu erfüllen und damit das Vertragsverletzungsverfahren zu beenden.

Der Hessische Landtag sieht in vielen der öffentlich diskutierten potenziellen Maßnahmen sowie der notwendigen Bewertung eine Bestätigung der Arbeit des "Runden Tisches Gewässerschutz" und fordert dessen schnellstmögliche Wiedereinrichtung. Ist es doch am "Runden Tisch" gelungen, im Austausch machbare Maßnahmen gemeinsam mit den Beschäftigten, dem Unternehmen, den Verbänden und der Politik abzustimmen. Konsens durch Kompetenz muß der Maßstab sein, um in Hessen den Bergbau nicht sterben zu lassen.

Wiesbaden, 6. September 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel